

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion DieLinke im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe BUNT im Rat der Stadt Köln

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 05.07.2018

AN/1106/2018

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	05.07.2018

Ersetzungsantrag zu TOP 3.1.3 „Jobrad für städtische Beamte und Beschäftigte,,

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Ersetzungsantrag zu TOP 3.1.3 in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 05.07.2018 aufzunehmen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Beschluss:

Die Stadt Köln bekennt sich zur Förderung der umweltfreundlichen Mobilität. Hierzu sollen die bestehenden Angebote für ihre Beschäftigten (z.B. Jobticket) ausgebaut und durch weitere Maßnahmen flankiert und ergänzt werden.

Die Verwaltung wird in diesem Zusammenhang beauftragt in enger Abstimmung mit den Arbeitnehmervertretungen zu prüfen,

1. welche Möglichkeiten bestehen, die Nutzung von Fahrrädern (inkl. E-Bikes etc.) durch die städtischen Beschäftigten zu fördern, insbesondere durch Bereitstellung zinsfreier Darlehen oder Zuschussungen für die Beschaffung, um so einen Anreiz zur umweltfreundlichen und gesundheitsfördernden Mobilität zu schaffen. Dabei sollen bereits Lösungen für die erforderliche Infrastruktur im Umfeld von städtischen Dienstgebäuden, wie Fahrradunterstände, Ladestationen etc., berücksichtigt werden. Die Fördermodelle sollen niederschwellig und arbeitnehmerfreundlich ausgestaltet sein. Eine unterschiedliche Behandlung von Angestellten und Beamten soll ausgeschlossen sein. Aus der Inanspruchnahme von Darlehen oder Zuschuss darf keine Verpflichtung abgeleitet werden, das Rad auch dienstlich nutzen zu müssen.
2. ob und in welchem Umfang eine Kooperation im Verbund mit den Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns möglich ist, um die positiven Effekte der umweltfreundlichen Mobilität zu verstärken und um mögliche Synergieeffekte

fekte zu realisieren Insbesondere ist zu prüfen, inwieweit Angebote, wie das KVB-Leihrad auch für städtische Beschäftigte – zum Beispiel bei dienstlichen Fahrten – ein Baustein in dem Konzept für umweltfreundliche und gesundheitsfördernde Mobilität sein könnte.

3. Das Prüfergebnis soll den zuständigen Fachausschüssen AVR und Verkehr bis Ende 2018 zur Beratung vorgelegt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DieLinke

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher Ratsgruppe BUNT